

Politiker alarmiert über Tendenz beim Sprachunterricht

Die zweite Fremdsprache auf Primarstufe ist gefährdet. Bildungspolitiker warnen vor Auswirkungen auf den nationalen Zusammenhalt.

Von Anja Burri

Seit Monaten wirbt der Schaffhauser Bildungsdirektor Christian Amsler in der ganzen Deutschschweiz für den Lehrplan 21 und zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Nun muss ausgerechnet er, der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, von seinen Amtskollegen einen Richtungswechsel verlangen: Das Schaffhauser Kantonsparlament hat am Montag einen entsprechenden Vorstoss überwiesen. Amsler solle sich für eine Änderung des Harnos-Konkordats einsetzen, damit Primarschüler künftig nur noch eine statt zwei Fremdsprachen lernen müssten. Der FDP-Bildungsdirektor hatte das Parlament vergeblich vor der «Signalwirkung» dieses Entscheids gewarnt.

Demnächst stehen in einigen Kantonen ähnliche Parlaments- und Volksentscheide dazu an. In Baselland und Thurgau sind Vorstösse in den Parlamenten hängig. In Nidwalden und Zug muss der Regierungsrat das Fremdsprachenkonzept umfassend evaluieren lassen. Und in Graubünden, Luzern und Nidwalden wurden Volksinitiativen lanciert. In Baselland steht ebenfalls eine Volksinitiative zur Diskussion, die den Austritt aus dem Harnos-Konkordat fordert. Weil häufig auch viele Lehrer oder wie in Luzern sogar der kantonale Lehrerverband hinter der Initiative stehen, werden den Volksbegehren Chancen eingeräumt.

Erst vor rund zehn Jahren hat sich die Erziehungsdirektorenkonferenz auf eine gemeinsame Fremdsprachenstrategie geeinigt. Die Primarschüler in der ganzen Schweiz sollen demnach spätestens ab dem dritten Schuljahr die erste Fremdsprache und ab dem fünften Schuljahr die zweite lernen. Noch bevor dieses System eingeführt ist, steht es vielerorts schon wieder auf der Kippe.

Ein Deutschschweizer Problem

Bildungspolitiker sind alarmiert. «Der nationale Zusammenhalt ist in Gefahr», sagt der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard. Auch der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller oder die Baselieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter warnen aus staatspolitischen Gründen davor, den Französischunterricht in der Primarschule zu streichen. Genau dies könnte aber passieren: Denn in grossen Teilen der Deutschschweiz - mit Ausnahme der Kantone an einer Sprachgrenze - lernen die Kinder als erste Fremdsprache Englisch.

Wird die zweite Fremdsprache aus der Primarschule verbannt, würden die Kinder erst auf Sekundarstufe eine zweite Landessprache lernen. Das genüge nicht, finden Reynard, Gutzwiller und Schneider-Schneiter. Die Diskussionen um die zweite Fremdsprache in der Primarschule sei eine Deutschschweizer Tendenz, sagt Reynard, der auch als Lehrer arbeitet. In der Romandie stelle niemand den Deutschunterricht infrage.

EDK will Fristerstreckung

Können sich die Kantone bis 2015 nicht auf eine gemeinsame Fremdsprachenstrategie einigen, muss der Bund eingreifen. Die Bildungsdirektoren wollen nun Zeit gewinnen: «Ich werde mich für eine Fristerstreckung einsetzen», sagt EDK-Präsident Christoph Eymann (BS). «Wir müssen versuchen, die Eltern, Lehrer und Politiker in den Kantonen zu überzeugen, wie wichtig der Französischunterricht ist.» Wenn die Schweiz den nationalen Zusammenhalt nicht gefährden wolle, müssten endlich alle Kantone den Landessprachen Priorität einräumen.

Kein Verständnis für solche «politische Befindlichkeiten» hat SVP-Nationalrat und Bildungspolitiker Peter Keller (NW). Der nationale Zusammenhalt sei ein «Totschlagargument», das nichts mit der pädagogischen Debatte an sich zu tun habe. Eine, zwei Französischlektionen pro Woche nützten sowieso wenig. Es mache mehr Sinn, den Unterricht auf die Sekundarschule zu verschieben und dort dafür die Lektionen aufzustocken.

Analyse Seite 9

Tages Anzeiger 20.2.14

Schule Zwischen den Landesteilen droht ein Fremdsprachenstreit.

Von Anja Burri

Parlez-vous français?

Das Votum des Schaffhauser Kantonsparlaments gegen die zweite Fremdsprache in der Primarschule (TA vom Dienstag) hat gefährliche Signalwirkung. Denn die gemeinsame Fremdsprachenstrategie aller Kantone, wonach die Primarschüler zwei Fremdsprachen lernen müssen, ist in der Deutschschweiz umstritten. Schüler und Lehrkräfte seien häufig überfordert, heisst es. In verschiedenen Kantonen sind Vorstösse oder sogar Volksinitiativen hängig, die zweite Fremdsprache wieder zu streichen. Kommen diese durch, droht ein wüster Sprachenstreit.

In den meisten Deutschschweizer Kantonen lernen die Kinder zuerst Englisch (Ausnahmen von der Regel sind Kantone an einer Sprachgrenze wie Bern). Eine Streichung der zweiten Fremdsprache würde deshalb wohl vielerorts das Französisch treffen. Westschweizer Politiker sind alarmiert. Auch nationale Parlamentarier aus der Deutschschweiz warnen davor, das Französisch stiefmütterlich zu behandeln. Sie haben recht. Es wäre fatal, den nationalen Zusammenhalt wegen ein paar Französischlektionen zu gefährden.

Wenn sich die Landesteile verstehen wollen, müssen sich deren Bewohner verständigen können. Driften die Kantone in der Fremdsprachenfrage auseinander bis 2015, der Deadline für die Harmonisierung, muss sowieso der Bundesrat ein Machtwort sprechen. Die Verfassung verpflichtet ihn dazu. Aus staatspolitischen Gründen dürfte er eine Landessprache als obligatorische Fremdsprache bestimmen. Das wiederum wäre für viele Deutschschweizer Kantone ein Affront: Sie haben erst auf Frühenglisch umgestellt und dafür Millionen ausgegeben.

Kein Wunder, will sich der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) Christoph Eymann für eine Erstreckung der Umsetzungsfrist einsetzen. Eltern, Lehrer und Politiker müssten erst noch davon überzeugt werden, dass zwei Fremdsprachen für Primarschüler ein Gewinn seien, sagt er. Solange die Kantone ihre Sparprogramme auch auf Kosten der Schulen durchziehen, ist das schwierig. Denn für einen gut ausgebauten Fremdsprachenunterricht braucht es mehr Lehrkräfte und genügend Lektionen. Das kostet.